

Türkei

„Wir sind bereit, den Preis für die Demokratie zu zahlen“

Das Zentralkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) arbeitet illegal auch im Innern des Landes. Trotz Verhaftungen und Folter bereitet sich die Partei auf die Legalisierung vor.

Irgendwo in Istanbul. Nur wenige Stunden vorher wurden acht aus langjährigem Exil Zurückkehrende bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen von Istanbul festgenommen. Vier von ihnen sind Mitglieder des Zentralkomitees der TBKP. Sie haben gewußt, was auf sie zukommen kann, aber sie sind trotzdem in die Türkei zurückgegangen, so wie vorher schon der Generalsekretär und der Vorsitzende der TBKP, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, weil sie für die Demokratisierung ihres Landes kämpfen wollen.

Istanbul mit seinen sieben oder vielleicht acht Millionen Einwohnern, wer weiß das schon. Ein Moloch, der zu ersticken droht, schmutzig und doch berauschend schön. Ein Stück Geschichte, im Verfall begriffen. Kinder feilschen mit Touristen um Dias, Socken und billigen Tand, Keksverkäufer, Schuhputzer. Für ein paar Hundert Lira kann man sein Gewicht feststellen, auf einer am Straßenrand aufgestellten Haushaltswaage, wo es keine Arbeit gibt, erfindet man welche.

Irgendwo in Istanbul. Seit der Rückkehr von Haydar Kutlu und Nihat Sargin vor zwei Jahren hat sich einiges verändert in der Türkei. Wenn man auch nicht von Demokratie sprechen kann, so scheint doch ein Prozeß der Demokratisierung langsam in Gang zu kommen, die Rückkehr hat dazu beigetragen. „Wir haben festgestellt, daß die Menschenrechte besser verteidigt werden können und daß

die Partei die Legalität erzwingen muß, auch wenn es immer wieder Verhaftungen, Folterungen und Prozesse gibt“, sagt mein Gegenüber, Mitglied des Zentralkomitees der TBKP, das illegal in der Türkei arbeitet. Wir haben uns getroffen, irgendwo in Istanbul, ganz öffentlich, in keinem Hinterzimmer und ohne geheime Wege zu benutzen.

Die Betätigung für eine kommunistische Partei ist verboten. Doch Legalität und Illegalität liegen in diesem Land der Widersprüche dicht beieinander. Vieles ist nach dem Gesetz legal und wird trotzdem von der Polizei geahndet. Anderes wird getan, obwohl es nach dem Gesetz verboten ist, ist faktisch in einen halblegalen Status übergegangen. So treten immer mehr Parteigruppen im ganzen Land an die Öffentlichkeit. In wenigen Monaten soll die gesamte Partei de facto legal arbeiten und auch führende Parteimitglieder werden öffentlich auftreten.

Auch gebe es zur Zeit Bemühungen, ein Komitee aus einem breiten Spektrum zu bilden, um damit an die Öffentlichkeit zu treten, für eine legale Kommunistische Partei, für die Demokratie in der Türkei. „Wenn wir das geschafft haben, wird die Regierung in einer komplizierten Situation sein. Natürlich können sie alle verhaften, 200 oder 300 bekannte Persönlichkeiten, aber das wäre sicher nicht so einfach. Und wenn mehr und mehr Parteimitglieder kommen und sich als Kommunisten öffentlich bekennen, wird die Lage für die Regierung immer komplizierter. Und irgendwann wird der Zeitpunkt für die volle Legalisierung der Partei kommen. Es gibt keinen anderen Weg, nicht für die Kommunisten und auch nicht für die Demokratie im Lande. Und wenn wir ins Gefängnis kommen, werden wir auch im Gefängnis weiter für Demokratie kämpfen. Ins Gefängnis zu gehen, schreckt uns nicht. Dieses Risiko nehmen wir auf uns. Wie lange

es aber dauern wird, bis die Gesetze abgeschafft werden, auf denen die Verfolgung von Kommunisten basiert, ist heute noch nicht absehbar.“

Istanbul. Der Reichtum hat sich den Stadtrand und die schönsten Hügel gesichert. Mercedesse und BMWs versperren die Fußwege in den besseren Stadtvierteln. Schilder warnen Einbrecher und Passanten vor bissigen Hunden. Man besitzt genug, um Angst um sein Eigentum zu haben.

„Wir glauben, daß der Beschluß zur Rückkehr richtig war, aber optimistisch sind wir noch nicht“, sagt der Genosse vom Zentralkomitee, „optimistisch können wir erst sein, wenn wir die in den letzten zwei Jahren erungenen Positionen ausbauen.“

„Die Türkei muß demokratischer werden, weil sie das braucht, und nicht, weil die EG das will.“

„Es gibt zwei neuralgische Punkte für die Entwicklung der Türkei: Erstens die Anerkennung der Kommunisten und zweitens die Anerkennung der Kurden. Und die Beendigung der Repression gegen beide Seiten“, sagt der Genosse vom Zentralkomitee. „Besonders aber von der Entwicklung der Lage in den kurdischen Gebieten geht eine große Gefahr für die ganze Türkei aus. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, und danach sieht es kurzfristig nicht aus, dann wäre ein neuer Putsch zu befürchten oder eine neue Ausnahmeregierung für die gesamte Türkei.“

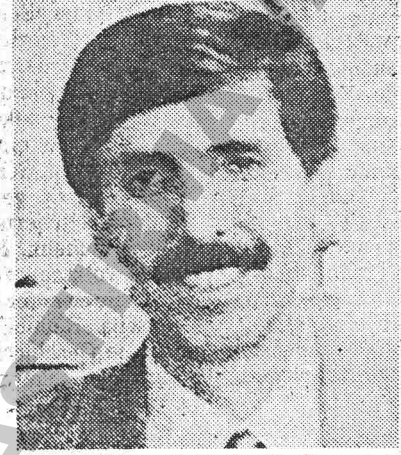
Gespräch mit einem kurdischen



Ahmet Kardam, in Polizeihaft



Mehmet Bozisk, verhaftet

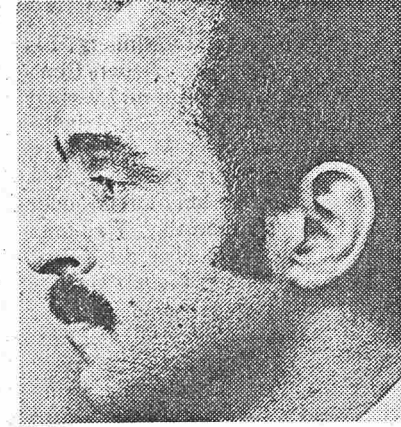


Seref Yildiz, in Polizeihaft

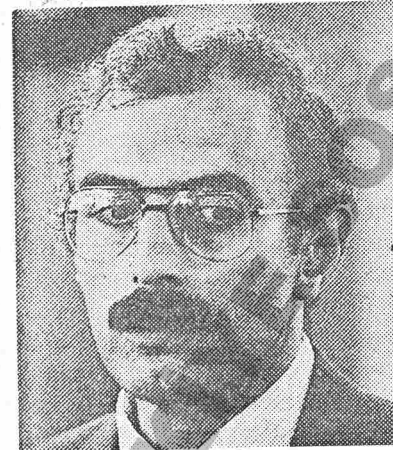


Erdal Talu, verhaftet

„Die Rückkehr ist ein wichtiger Schritt für uns. Ich bin glücklich, daran teilzunehmen, ich fühle mich sehr gut. Leicht wird es nicht sein, die Demokratie zu erreichen, aber wir sind bereit, den Preis für Demokratie zu zahlen.“
Mehmet Bozisk



Talat Ulusoy, in Polizeihaft



Fikret Demir, freigelassen



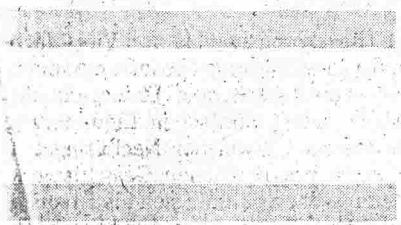
Aynur Hayrullahoglu, freigelassen



Fahrettin Feliz, freigelassen

TÜRKİYE AKFI

AKKFI



Rechtsanwalt, der wenige Tage zuvor aus seiner Heimat deportiert wurde: „Die Polizeistellen sind überfüllt von Festgenommenen, die gefoltert werden. Die meisten davon sind unschuldig und völlig unpolitisch, einfache Dorfleute. Weil ich solche Menschen verteidigt habe, wurde mir gedroht, mich umzubringen.“

„Die Starrheit der herrschenden Kräfte ist der einzige Grund, daß sich dieses Problem ständig verschärft. Sie wollen nicht anerkennen, daß es Kurden gibt, weil sie fürchten, daß die Kurden ihre Rechte fordern. Deshalb wollen sie das Problem militärisch lösen, aber das ist nicht möglich, das zeigt auch die ganze Geschichte des kurdischen Volkes.“

Die TBKP fordert, daß der Terror in den kurdischen Gebieten eingestellt wird. Die kurdische Nation, Kultur und Sprache müssen anerkannt werden. Die Kurden sollen sich frei über ihre Ziele und Vorstellungen äußern, und sich frei politisch organisieren können. Ob sie dann einen eigenen Staat gründen, wäre ihre Sache. „Wir glauben allerdings nicht, daß das realistisch ist“, erklärt der Genosse vom Zentralkomitee weiter. „Am besten wäre eine freie Zusammenarbeit, in welcher Form auch immer. Ob Föderation, Autonomie, eigener Staat oder etwas anderes läßt sich heute noch gar nicht festlegen. Aber man muß über alles reden können.“



Letzte Gespräche vor dem Abflug in die Türkei.

mehrere Male in der Türkei. Überall, wo die Menschenrechte durch das Militär und in Diktaturen verletzt werden.“

Antwort des Juden und Kommunisten Charles Lederman: „Ich könnte sagen, weil ich Kommunist bin, aber

lange die Menschenrechte in der Türkei weiterhin verletzt werden wie bisher, wird es die türkische Regierung mit dieser Forderung schwer haben. „Eine Mitgliedschaft in der EG wäre für die Türkei sehr nützlich,“ sagt das Mitglied des Zentralkomitees, „darum sind wir nicht kategorisch dagegen, aber die Türkei muß demokratischer werden, weil sie das braucht und nicht, weil die EG das will“.

TÜRKI

Vor der Vereinigung von TKP und TIP wurden die Probleme der Kurden nicht angemessen berücksichtigt. Im Programm der TBKP dagegen wird die Kurden-Frage ausführlich behandelt. „Die kurdischen Kräfte kritisieren deshalb das neue Programm nicht mehr“, sagt mein Gegenüber. „Es gibt aber ein anderes Problem, das Problem des Vertrauens in unsere Politik. Wir müssen uns sehr bemühen, damit die kurdischen demokratischen Kräfte uns vertrauen, daß wir die kurdische Frage richtig und konsequent verteidigen. Das braucht Zeit. Das ist kein programmatisches Problem, sondern ein Problem der Arbeit, des Kampfes und der Zeit.“

Taxifahrt. Der Fahrer lauscht unserem Gespräch über Festnahmen und Menschenrechtsverletzungen, über den Terror der Polizei in den kurdischen Gebieten. Er nimmt die Schlagkassette aus dem Rekorder und schiebt eine Kassette von Zülfü Livaneli ein, einem bekannten fortschrittlichen Sänger. „Ich bin auf eurer Seite“, sagt er und beginnt eine Unterhaltung. Eine Ausnahme, erklären mir die Genossen hinterher.

Die TBKP will mit allen demokratischen Kräften im Lande zusammenarbeiten, und diese Zusammenarbeit gibt es schon mit vielen Kräften an einzelnen Punkten und zu verschiedenen Themen, erzählt mein Gegenüber. Zum Beispiel mit Sozialdemokraten, von denen sechs Parlamentarier zur Begrüßung der Rückkehrer auf den Istanbuler Flughafen gekommen waren, mit der Sozialistischen Partei auf verschiedenen Ebenen, mit marxistischen Gruppierungen, der Sozialistischen Arbeiterpartei, den türkischen Grünen. Kommunisten arbeiten in den Gewerkschaften, zu ökologischen Fragen, mit der Presse. „Wir wollen mit allen spezifische Formen der Zusammenarbeit entwickeln.“

Außerdem beginne jetzt eine offene Diskussion unter den linken Kräften, an der auch die TBKP teilnehme, über die Entwicklung des Marxismus: „Viele linke Strömungen kommen zusammen. Diskussionsrunden werden organisiert, und in den nächsten Monaten wird die marxistische Linke mit neuen Ideen an die Öffentlichkeit treten. Wichtig ist, daß alle Kräfte ihre eigenen Probleme auf die Tagesordnung setzen.“

Antwort von Antoine Sangunetti, Admiral a.D., Beobachter der Rückkehr im Auftrag der Menschenrechtsvereinigung der UNO, warum er sich um die Kommunisten in der Türkei kümmert, obwohl er selbst doch kein Kommunist ist: „Die Frage der Menschenrechte ist für mich entscheidend. Ich war für die UNO in Argentinien, Chile, Bolivien, Marokko und

„Wir müssen uns sehr bemühen, damit die kurdischen demokratischen Kräfte uns vertrauen, daß wir die kurdische Frage richtig und konsequent verteidigen. Das braucht Zeit. Das ist kein programmatisches Problem, sondern ein Problem der Arbeit, des Kampfes und der Zeit.“

überall, wo es an Menschenrechten fehlt, ist das meine Aufgabe, meine ewige Aktivität. Ich bin nicht nur Parlamentarier, sondern auch Rechtsanwalt, und seit vielen Jahrzehnten kämpfe ich für Menschenrechte, in Frankreich als Rechtsanwalt der CGT, aber auch im Ausland. Ich habe an vielen großen Prozessen teilgenommen, zum Beispiel am Dimitroff-Prozeß in Nazideutschland oder am Rosenberg-Prozeß in den USA und jetzt auch am Prozeß gegen Kutlu und Sargin. Die Französische Kommunistische Partei hat da eine historische Aufgabe.“

Die türkische Regierung will unbedingt die Mitgliedschaft der Türkei in der EG durchsetzen. Eine Chance für die demokratischen Kräfte, denn so-

Antrag von Parlamentariern aus verschiedenen Fraktionen des EG-Parlaments an die Europäische Menschenrechtskommission: Es besteht der dringende Verdacht, daß die ZK-Mitglieder Ahmet Kardam und Seref Yildiz von der Polizei in Ankara gefoltert werden. Ihnen wird immer noch kein Kontakt zu ihren Anwälten gewährt. Die Europäische Menschenrechtskommission wird aufgefordert, von ihren „dringlichen Interventionsbefugnissen“ Gebrauch zu machen.

Die Frage sei nicht, ob die Türkei EG-Mitglied würde oder nicht, sondern ob sie ein europäisches Land würde. „Es muß ein gemeinsames Haus Europa entstehen, und die Türkei muß darin eine positive, eine friedliche und demokratische Rolle spielen.“ Die Türkei soll zu allen Ländern der EG und zu allen sozialistischen Ländern gute Beziehungen haben und vielseitig wirtschaftlich und kulturell integriert werden. „Unser Land könnte eine Brücke der Zusammenarbeit zwischen Europa, den östlichen Staaten, den Mittelmeerstaaten und Nahost sein“, sagt mein Gegenüber.

*Istanbul, Stadt der Widersprüche, eine moderne Großstadt. Neue Umgehungsstraßen an den Ufern, die berühmte Galatabrücke soll abgerissen werden, die Ersatzbrücke ist bereits im Bau. Ganze Stadtviertel sind verschwunden, Hochhaustürme bestimmen mehr und mehr die Silhouette dieser Stadt zwischen Asien und Europa. Wer nach zehn, fünfzehn Jahren Exil zurückkäme, würde vieles nicht wiedererkennen...
Andrea Rudolph*



Aynur Hayrullahoglu nach ihrer Freilassung in Istanbul.

Alle Fotos auf dieser Seite: Rudolph